Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 221. 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, 21. September 1926

Arbeitsfragen vor Winterbeginn.

Von volkswirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Die Freien Gewerkschaften veranstalten zurzeit eine sehr rege Werbetätigkeit, um ihre Reihen aufzufüllen; denn auch in Arbeitnehmerkreisen ist man sich darüber klar, daß der Rückgang der Erwerbslosenziffer nicht etwa einem Abstellen der Wirtschaftskrise zu verdanken ist, sondern in der Hauptsache von uns die Früchte der englischen Streikbewegung geerntet werden, diese Ernte aber sehr bald zu Ende sein wird.

Auch der Deutsche Städtetag hat ja in seinen soeben beendigten Verhandlungen der Frage der Arbeitslosigkeit die größte Aufmerksamkeit gewidmet und sie für lösbar, zum mindesten aber für der Milderung möglich erklärt nicht auf dem Wege von Notstandsarbeiten, sondern auf dem einer fördernden Handels- und Wirtschaftspolitik. Die großen Überschüsse, die aus den beiden letzten Steuerjahren stammen, haben das Reich, die Länder und die Kommunen in den Stand gesetzt, die in Wirklichkeit ja außerordentlich unwirtschaftlichen Notstandsarbeiten durchzuführen; aber wir sind jetzt finanziell am Ende unserer Kraft. Dabei kann damit gerechnet werden, daß die Zahl der Erwerbslosen nicht mehr weiter sinkt, sondern ein Umschwung in dieser Entwicklung eintritt, weil die Landwirtschaft die von ihr aufgenommenen Arbeitskräfte jetzt allmählich wieder abzustoßen beginnen wird. Die Aussichten sind also keineswegs rosige für den kommenden Winter.

Der englische Bergarbeiterstreik hat der deutschen Kohlenwirtschaft über die ja immer ziemlich stille Sommerzeit hinweggeholfen, hat außerdem dazu geführt, daß die Vorkriegsförderung mengenmäßig wieder erreicht worden ist. Aber leider ist der deutsche Inlandsbedarf an Kohlen nur wenig erheblich gestiegen. Und die bessere Konjunktur der Kohlenindustrie hat sich rückwirkend kaum bemerkbar gemacht in den anderen deutschen Industriezweigen. Vielmehr klagt besonders die deutsche Maschinenindustrie über die große Zurückhaltung der Bergwerke hinsichtlich Bestellung neuer Maschinen. Die Zurückhaltung ist aber verständlich, weil ja noch damit zu rechnen ist, daß über kurz oder lang ein erbitterter Kampf mit der englischen Konkurrenz ausbrechen wird, für den man deutscherseits alle finanziellen Mittel bereitstellen muß.

Die Zweckmäßigkeitseinstellung der deutschen Industrie, ihre Zusammenballung zu großen Konzernen, Arbeitsgemeinschaften, Syndikaten, Trusts hat im Laufe des Sommers neue große Fortschritte gemacht. Wenn man von einer leichten Besserung der deutschen Wirtschaftsaussichten sprechen will, so muß man dabei erwägen, daß sich diese Besserung nur sehr wenig in einer Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften äußert, weil im Wesen der Bestrebungen nicht zuletzt eine Herabminderung der Arbeiterzahl liegt. Wenn beispielsweise im Kohlenbergwerk die Fördermenge der Vorkriegszeit erreicht ist, so geschieht das mit Hilfe stärkster Verwendung maschineller Kräfte, geschieht das mit rund 150 000 Arbeitern weniger als 1913. Die Elektrisierung der deutschen Reichsbahn des weiteren würde, wie man berechnet hat, zu einer Personalersparnis von etwa 40 % der gegenwärtigen Kopfzahl führen. Ob also mit einer wesentlichen Herabdrückung der Erwerbslosenziffer noch wird gerechnet werden können, ist mehr als zweifelhaft: wahrscheinlicher ist, daß wir mit dem Herbst wieder ein Herausgehen dieser verhängnisvollen Zahl erwarten müssen, falls nicht ein Wunder geschieht. Ein solches Wunder ist ja nicht ausgeschlossen, denn bisher ist es noch keiner volkswirtschaftlichen Wissenschaft oder Praxis gelungen, das Auf und Ab weltwirtschaftlicher Krisen zu ergründen oder festzustellen, warum solche Krise ausbrachen und warum und wann sie dann wieder dem Aufstieg wichen. Vielleicht stehen wir wieder vor einer günstigeren Entwicklung, weil doch manche Hemmungen und Wirrnisse aus dem Wege geräumt sind und außerdem die Erkenntnis sich Bahn bricht von dem Bestehen weiterer ganz bestimmter Hemmungen dieser Art. Vielleicht wird diese Erkenntnis fördernd wirken.

Man muß sich freilich darüber keine Illusionen machen, nunmehr beginne ein Zeitalter friedlichen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeitens innerhalb der europäischen Völker. Man kann hoffen, darf aber nicht damit rechnen. Gerade für Deutschland wird aber darum im kommenden Winter die Frage der Erwerbslosenfürsorge in den Vordergrund treten; es wäre sehr zu wünschen, daß man nicht wie im vergangenen Frühjahr sich scheut, sie energisch anzupacken.

Die Ausführung der Koblenzer Befriedungsvereinbarungen.

Koblenz. Die französischen Militärjustizbehörden des Rheinlandes haben am 17. September auf Grund der Koblenzer Befriedungsvereinbarungen 24 Personen in Freiheit gesetzt und in 70 Fällen die Einstellung des Verfahrens oder der Vollstreckung verfügt. Rund 30 Gefangene, die in der geräumten Zone wegen gewisser Verbrechen verurteilt worden waren, wurden heute den deutschen Behörden übergeben.

Starker franz. Widerstand gegen die Pläne Briands.

Paris, 20. September. Briand kehrt morgen nach Paris zurück. In gewissen Kreisen der Rechten erfährt man, daß innerhalb der Regierung starke Widerstände gegen die Pläne Briands bestünden. Man glaubt sogar, daß die heutige Frankenbaisse auf diese Unsicherheit zurückzuführen ist. Nach ruhigen Beurteilern aus dem gleichen Lager ist diese Befürchtung übertrieben. Poincaré, Barthou, Tardieu und Bokanowski, schreibt der nationalistische Intransigeant, werden das größte Augenmerk darauf richten, ob die in Thoiry in großen Zügen festgelegte Absicht sich auch in den Rahmen des Versailler Vertrages einreihen lasse und ob die Unantastbarkeit dieses Vertrages selbst gewährleistet sei. Es werde auch nicht an der Frage fehlen, ob der Dawes-Plan Deutschland überhaupt die Freiheit läßt, eine Sonderentschädigung zu leisten, von der seit Thoiry vielfach die Rede sei. Dagegen erwartet man, daß Painlevé und Perriet Briand in seinen Bestrebungen unterstützen werden. Als interessantestes Moment einer deutsch-französischen Zusammenarbeit wird mit Vorliebe die Möglichkeit einer gemeinsamen Front gegen Washington in der Schuldenfrage in den Vordergrund gezogen. Deutschlands finanzielle Freiheiten sollen seit Bestehen des Dawes-Planes und des Transferkomites begrenzt sein, so daß Frankreich für die frühzeitige Räumung nur Versprechen einer finanziellen Hilfe bekommen würde, die selbst von allen möglichen anderen entscheidenden Faktoren abhängig sein würden. Das Argument, daß die Räumung des linken Rheinufers auch von der Zustimmung Belgiens und Englands abhänge, wird aber selbst in den äußersten Rechtskreisen nicht als widerstandsfähig gehalten. Leider bestehe nur das große Fragezeichen: Die finanzielle Hilfe Deutschlands zur Wiederaufrichtung der französischen Finanzen! Die englischen Kommentare zur deutsch-französischen Annäherung werden als **günstig, aber mit gewissem Einschlag von Beängstigung ausgelegt.**

•

Neue Zusammenkunft Stresemann-Briand?

Die Haltung Poincarés.

Nach Pariser Zeitungsmeldungen wird binnen kurzem eine neue Zusammenkunft zwischen Briand und Stresemann stattfinden. Als Ort der Begegnung soll Paris in Frage kommen. Diese Reise würde, wie der „Excelsior" zu melden weiß, schon Anfang Oktober ausgeführt werden, falls der französische Ministerrat die in Thoiry zwischen Briand und Stresemann getroffenen Abmachungen ratifizieren sollte.

Allerdings ist die Zustimmung des französischen Ministerrats noch sehr fraglich, da, wie der „Quotidien" mitteilt, im französischen Kabinett schwere Meinungsverschiedenheiten bestünden. Mehrere Minister, zu denen auch Poincaré gehören soll, stehen nach Meldung dieses Blattes der Politik Briands durchaus feindlich gegenüber. Wie scharf die Gegensätze im Kabinett seien, gehe schon daraus hervor, daß Minister Marin noch vor kurzem die Politik Briands „eine irrsinnige Preisgabe aller französischen Pfänder" und eine „größenwahnsinnige und kindliche Wortspielerei" genannt habe.

Thoiry als Sehenswürdigkeit.

Hunderte von Teilnehmern an der Völkerbundversammlung, Presseleute und viele Genfer Bürger sind nach Thoiry hinausgewandert, dem kleinen, wenige Kilometer hinter Genf gelegenen Juradörfchen, um die historische Stätte der Unterredung zwischen Briand und Stresemann zu besichtigen und dem kleinen Landgasthaus einen Besuch abzustatten. Der Wirt des kleinen Hotels Léger hat denn auch wohl richtig spekuliert, als er das Zimmer, in dem die Unterredung der beiden Minister im Beisein eines einzigen Dolmetschers stattgefunden hat, gänzlich unverändert ließ. Bis auf die Zigarrenreste und die Weinflaschen ist auf dem weißgedeckten Tisch in dem im ersten Stock des Gasthauses gelegenen Zimmer alles unverändert geblieben. Man kann noch feststellen, daß es nicht sieben Flaschen Wein waren, die die drei Herren beim Mittagessen ausgetrunken haben, sondern nur zwei Flaschen weißen Landweins und eine Flasche roter Bordeaux, von dem noch die Hälfte vorhanden ist.

Die entsetzliche Sturmkatastrophe in Florida.

Die furchtbare Wirkung einer 9stündigen Sturmflut.

Neuyork, 20. September. Nach den aus Florida in Neuyork eintreffenden Meldungen handelt es sich bei der Wirbelsturmkatastrophe um das größte Unglück, von dem Amerika jemals heimgesucht worden ist. Der Tornado, der von den westindischen Inseln hergekommen war, hat eine große Anzahl von Ortschaften einfach wegrasiert. Der Wind, der mit 140-Meilen-Geschwindigkeit wütete und Springfluten über das ganze Küstenland hinfegte, hatte auf einem Gebiet von 60 Meilen Ausdehnung alles vernichtet. Die neuesten Meldungen geben mehr als 2000 Todesopfer und 9500 Verletzte an. 250 Schiffe sollen schwer beschädigt, davon fast hundert vollkommen vernichtet sein. Die Zahl der Obdachlosen beträgt nach diesen Meldungen 50000. Der Orkan wütete neun Stunden lang ununterbrochen. Er hob im Hafen ganze Schiffe hoch und schleuderte sie mitten in die Stadt hinein. Die Yacht „Hohab", die unter dem Namen „Meteor" früher Kaiser Wilhelm II. gehörte, wurde auf die Straßen Miamis geschleudert. Es gibt in Miami kein einziges unbeschädigtes Haus mehr. Die meisten sind eingestürzt. Die gesamten Hafen- und Dockanlagen sind vollkommen in Trümmer gelegt. — Aehnliche Szenen spielten sich auch in anderen Städten der Küste ab.

Fortschreiten des Orkans.

Neuyork, 20. September. Nachdem der in Florida wütende Orkan den mexikanischen Golf überschritten hat, erreichte er am Montag morgen Pensacola im Nordwesten Floridas. Seit Montag früh sind die Verbindungen mit diesem Ort abgeschnitten. Auch der Radioverkehr funktioniert nicht mehr, so daß für das Schicksal dieses Ortes das schlimmste befürchtet werden muß. Nach den Meldungen des amerikanischen Wetterbureaus bewegt sich der Orkan in der Richtung nach Mobile fort, wo er stündlich erwartet wird.

•

Das Dorado Amerikas.

Florida hatte sich im Laufe der letzten Jahre zur amerikanischen Riviera entwickelt. Das milde, halbtropische Klima, die herrliche Seeküste und die günstige Verkehrslage Floridas zogen seit jeher zahlreiche Gäste an, die dem strengen nordamerikanischen Winter entgehen wollten. So entstanden hier Bäder und Luxusstätten, die an ausgesuchtestem Komfort bald alles in der Welt übertraf. Echt amerikanischer spekulativer Sinn schuf an der Floridaküste beinahe über Nacht mit den Mitteln der vollendeten Technik und Zivilisation eine Anzahl Vergnügungs- und Erholungsstätten, deren überreichliche Pracht auf den verwöhntesten Geschmack zugeschnitten war. Die erlesenste amerikanische Gesellschaft, Dollarkönige und andere Größen, pflegte sich dort in der jüngsten Zeit ein Stelldichein zu geben und suchte sich gegenseitig im verschwenderischen Lebensstil den Rang abzulaufen. In diese Welt des Lebensgenusses ist plötzlich eine Naturkatastrophe von unerhörtem Ausmaße hineingebrochen.

Beamtenschaft und Staat.

Dr. Külz bei den sächsischen Gemeindebeamten.

Gelegentlich der Tagung des sächsischen Gemeindebeamtenbundes in Leipzig hielt bei der Eröffnung Reichsinnenminister Dr. Külz eine Rede über Wesen und Aufgaben der Beamtenschaft, in der er über das Verhältnis von Staat und Volk und Wirtschaft zu der Beamtenschaft und über die Organisation der Beamtenschaft selbst sprach.

Die starke Wandlung seit 1918 bestand, so sagte der Minister, darin, daß Deutschland vom Obrigkeitsstaat auf den Weg zum Volksstaat gekommen sei. Das bedinge, daß sich der Beamte dem Staate innerlich verbunden fühle und das Gefühl des Verbundenseins mit dem Staate auch bei den Volksgenossen erwecke und aufrechterhalte, und zwar bei allen Volksgenossen, denn der Beamte sei ein Diener der Gesamtheit, nicht Diener einer Partei. Daraus ergebe sich auch die Forderung, daß der Staat sich mit der Beamtenschaft verbunden fühle. Der wesentliche Inhalt des Treueverhältnisses zwischen den beiden und das Fundament des Berufsbeamtentums sei das Bekenntnis der Beamtenschaft zu dem Staate und das Bekenntnis des Staates zu seinen Beamten.

Der Minister führte weiter aus, daß die Beamtenschaft Anspruch auf ein Beamtenrechtsgesetz habe, das den Pflichtenkreis der Beamten nach neuzeitlichen Begriffen regelt und die persönlichen und dienstlichen Verhältnisse der Beamten durch klare Rechtsansprüche sichert. Dieses lang erwartete Gesetz sei im Reichsministerium des Innern fertiggestellt und in einem fortgeschrittenen Stadium seien auch die neue Dienststrafordnung und das Beamtenvertretungsgesetz. Minister Külz sprach sodann über die politischen Strömungen der Beamtenschaft und stellte die Grundforderung auf, daß die Organisation der Beamten von jeder einseitigen Parteipolitik freigehalten werde. Die berufspolitische und staatspolitische Betätigung der Beamtenschaft müsse ihre Zusammenfassung in einer einheitlichen, allumfassenden, geschlossenen Spitzenorganisation finden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF